



Am 26. Mai 2019

DKP wählen!



**KOMMUNISTINNEN
UND KOMMUNISTEN**

AUS NRW ZUR EU-WAHL 2019

dkp.de


DKP
Deutsche Kommunistische Partei

8 von 37

Kommunistinnen und Kommunisten sind aus NRW und begründen, warum sie zur EU-Wahl für die DKP antreten.

Die Bundesliste der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) wird angeführt von Olaf Harms, ehrenamtlicher Vorsitzender des Landesbezirksvorstandes von ver.di Hamburg, aktiv im Hamburger „Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ und Mitglied des DKP-Parteivorstandes.

Die 37 Kandidatinnen und Kandidaten sind politisch engagiert in der Kommune, in ihrem Betrieb, in den Gewerkschaften und anderem mehr.

DKP wählen!



PATRIK KÖBELE, ESSEN

Vorsitzender der DKP, IT-Berater, Listenplatz 3

NATO-Truppen stehen an der russischen Grenze. Bald auch Mittelstreckenraketen? Die EU ist auf das Engste mit dem Kriegsbündnis NATO verbunden. Die Kriegsgefahr geht heute von der Aggression der NATO und der EU gegen die Russische Föderation und die VR China aus.

Die Versuche, die Ukraine in die EU und NATO zu bekommen, sind Ursache der jetzigen Krise, die immer wieder zum großen Krieg zu führen droht. Die sogenannte „Lösung“ des Mazedonien-Konflikts ebnet auch diesem Land den Weg in EU und NATO – wieder ein Schritt zur Umzingelung der Russischen Föderation. Wohin wir auch schauen, die Politik der EU erhöht die Kriegsgefahr.

Die EU und ihre Führungsmächte, vor allem Deutschland und Frankreich, sind mit der NATO an zahlreichen Kriegen beteiligt und nun soll auch die Militarisierung der EU selbst drastisch vorangetrieben werden. Dafür stehen die Pläne, eine EU-Armee aufzubauen oder die französischen Atomwaffen für die EU zu nutzen.

EU bedeutet Krieg –

Ich sage Nein zu dieser EU.

US-Atomwaffen raus aus

Deutschland! Frieden mit Russland!





SILVIA RÖLLE, MÜLHEIM A. D. RUHR

Landessprecherin der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen), Landesvereinigung NRW e.V., Dipl. Verwaltungswirtin, Listenplatz 4
Ohne Grenzkontrollen reisen!

Menschen in Europa begeben. Ja, ich bin für Europa, aber gegen diese EU! Diese EU ist für mich eine Mogelpackung. EU, das ist Sterben im Mittelmeer. Das sind die Militäreinsätze in Mali und anderswo. EU, das sind undurchsichtige Kommissionen, in denen ohne demokratische Kontrolle Richtlinien erlassen werden. Das ist der Druck, alles zu privatisieren, bis hin zum Trinkwasser. EU – das ist Monopoly der Banken und Konzerne. Demokratische Grundrechte werden europaweit abgebaut. Der repressive Sicherheitsstaat mit immer neuen Polizeigesetzen, Befugnisse für Geheimdienste und Überwachung werden ausgebaut. Die Reichen zahlen kaum noch Steuern. Die Folgen spüren wir, viele Menschen sind unzufrieden und fühlen sich ohnmächtig, gegen diese Politik etwas ausrichten zu können. Das nutzen die rechten Rattenfänger von CSU bis AfD für ihre menschenverachtende Politik.

Ich stehe für ein Europa, in dem die arbeitenden Menschen zählen – nicht die Konzerne.





Dr. HANS-PETER BRENNER, BONN

**Stellvertretender Vorsitzender der
DKP, Diplompsychologe und
Psychotherapeut, Listenplatz 11**

Zukunftsängste und Depressionen:
was hat das mit der EU zu tun?
Seit 30 Jahren gehört die Arbeit
mit überforderten und verängstigten
Menschen zu meinem Alltag:

Überforderung im Beruf, Arbeitslo-
sigkeit, Niedrigrenten und Altersar-
mut.

Sie haben Angst, dass die Krie-
ge immer näher kommen oder
dass die von der kapitalistischen
Produktionsweise verursachte Kli-
maveränderung uns „die Luft zum
Atmen“ nimmt. Was in Wirtschaft
und Politik passiert, wirkt sich unmit-
telbar auf uns aus.

Dazu gehört auch die politische
und ökonomische Macht der Groß-
konzerne und Großbanken in der
EU. Ihre skrupellose Profitma-
cherei ist die Hauptquelle der uns
bedrohenden Gefahren. Dieses
Herrschaftssystem müssen wir
überwinden. Die EU steht für Zer-
störung, nicht für Sicherheit für uns.
Ich sage: Die EU ist nicht
reformierbar! Die DKP steht für
Solidarität und Internationalismus!



MICHAEL GERBER, BOTTROP

**für die DKP im Stadtrat,
Wartungselektroniker, Rentner,
Listenplatz 17**

Die EU steht für Privatisierung!

Als Stadtrat in Bottrop erlebe ich täg-
lich, dass 2/3 der kommunalen Be-
lange inzwischen von einer EU-
Gesetzgebung diktiert werden. Statt
Aufträge an örtliche Betriebe zu ver-
geben, müssen immer mehr Aufträge
europaweit ausgeschrieben werden.
Davon profitieren besonders deut-
sche Großkonzerne.

Stetig wächst der Druck, kommunale
Aufgaben zu privatisieren. Das Ge-
sundheits- und Bildungswesen, die
Wasserversorgung und der
öffentliche Nahverkehr, alles wird
dem Profitprinzip untergeordnet.
Damit die Kommunen wieder selbst-
ständig handlungsfähig werden,
müssen Privatisierungen kommuna-
ler Aufgaben verboten werden. Die
EU-Gelder sind für soziale Aufgaben
in den Kommunen und die Bekämp-
fung der Armut zu verwenden und
nicht für Hochrüstung und Kriege.

**Stoppt Privatisierungen! Für die
Vergesellschaftung der Banken und
Konzernen**





MARION KÖSTER, ESSEN

Bezirksvorsitzende der DKP
Ruhr-Westfalen, technische
Zeichnerin, Listenplatz 20

Europa, ein Kontinent des Friedens, das klingt gut. Wenn man bedenkt, dass wir seit 74 Jahren keinen Krieg in unserem Land haben, könnte man glauben, Europa und Frieden gehören zusammen.

Das ist leider nicht so. Die EU verpflichtet ihre Mitglieder zur ständigen Erhöhung der Rüstungsausgaben, die NATO-Länder sollen 2 % des Bruttoinlandsprodukts mehr für Rüstung ausgeben, für Deutschland wäre das fast eine Verdopplung.

Wer profitiert davon?

Die Rüstungsproduzenten wie Airbus, Boeing, Daimler. Die Banken und Versicherungen, die diesen Unternehmen Kredite geben wie Deutsche Bank und Allianz.

Wer hat den Schaden? Wir! KITAs, Schulen, Krankenhäuser, Schwimmbäder, sozialer Wohnungsbau, da brauchen wir Geld.

Für mich sieht Frieden anders aus:
Keine weitere Aufrüstung, Einsatz in gewaltfreie Konfliktlösungen und mehr für soziale Bereiche. Abrüsten statt Aufrüsten!





DETLEV BEYER-PETERS, RECKLINGHAUSEN

Krankenpfleger, Konzernbetriebsrats-Vorsitzender des AWO-Bezirks Westliches Westfalen, Listenplatz 28

Die EU steht für Armut! Das reiche Deutschland wurde mit den Hartz-Gesetzen zum Niedriglohnland gemacht. So können EU und Euro genutzt werden, um schwächere EU-Staaten hemmungslos auszuplündern. Diesen hochverschuldeten Ländern wurde – insbesondere auf deutschen Druck – ein extremer Sparkurs aufgezwungen. Gewinner sind die Kapitalisten, die Banken und Konzerne in diesen Ländern, aber vor allem in Deutschland und Frankreich. Ich sehe die einzige Möglichkeit darin, diesen Ländern die Schulden zu erlassen, damit die Menschen dort wieder ein vernünftiges Leben führen können. Die Banken und Konzerne müssen zahlen!

Und bei uns? Geld ist genug da! Es fließt in die Rüstung und die Taschen der Reichen und Superreichen. So leben in Deutschland 1,36 Millionen Millionäre. Sie werden täglich reicher. Sie besitzen ein Vermögen von geschätzt 4,6 Billionen Euro (manager magazin 19.6.2018). Dieses Vermögen muss umverteilt werden. **Gegen das EU-Europa der Banken, Konzerne und Kriegstreiber. Für ein soziales und friedliches Europa der Völker.**



HEIKE WARSCHUN, AACHEN

Betriebsratsvorsitzende in einer Einrichtung der Behindertenhilfe, Listenplatz 22

Die EU steht für Ausbeutung! Arbeitskräfte aus dem Ausland werden vor allem im Gesundheitswesen zu Niedriglöhnen und zu miesen Arbeitsbedingungen angeworben. Diese Politik blutet die Herkunftsländer aus, weil dort Fachkräfte abgezogen werden. Gleichzeitig erhöht sie den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen bei uns. Das Gesundheitswesen und auch Einrichtungen für Behinderte und Schwerbehinderte brauchen viel mehr Personal! Nicht nur in der Pflege, auch in den technischen und Verwaltungsbereichen. Und das zu guten Bedingungen und auskömmlichem Lohn.

Ich meine, jeder Mensch soll von seiner Arbeit gut leben können. Der Mindestlohn ist viel zu niedrig. Der gesetzliche Mindestlohn muss auf 15 Euro erhöht werden und alle Ausnahmen dazu abgeschafft werden.

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben! Solidarität statt Ausgrenzung. Für gesetzliche Mindestlöhne ohne Ausnahmen.





PETER LOMMES, WILLICH

Landessprecher der DKP Rheinland-Westfalen, Bezirksvorsitzender der FB 13 ver.di Linker Niederrhein, Kaufmann, Listenplatz 35

Die EU steht für Flucht!

Warum kommen die Menschen in unser Land? Nehmen die uns unsere Arbeitsplätze und bezahlbaren Wohnungen weg?

Wir, die Kommunist*innen sagen:

Sie kommen, weil der Kapitalismus die Lebensgrundlagen der Menschen in ihren Ländern zerstört.

Die Kriegspolitik von NATO und EU, die Wirtschafts- und sogenannte Freihandelspolitik der EU und die Zerstörung der Umwelt durch den Raubbau an Ressourcen sind Fluchtursachen.

Ja, sie brauchen hier Arbeit und Wohnung, aber sie nehmen uns nichts weg. Sie werden dazu benutzt, die Löhne zu drücken und die Mieten in die Höhe zu treiben. Ihre Notlage wird ausgenutzt.

Unsere Antwort kann nur sein: **Wir lassen uns nicht spalten! Egal, wo man geboren ist, wir kämpfen gemeinsam gegen den gemeinsamen Gegner, den Kapitalismus.**

Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Geflüchteten!

DKP wählen!





Raus aus der NATO!

Frieden mit Russland!

EU-WAHL 26. MAI 2019: DKP wählen!

Name, Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Ich bin interessiert und möchte

- mehr Infos über die DKP
- Kontakt zu einer Parteigruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Rückantwort bitte an den
DKP-Parteivorstand
Hoffnungsstraße 18
45127 Essen

Tel.: 02 01- 17 78 89 0
www.dkp.de
E-Mail pv@dkp.de